

Bezirksbeirat will nicht lockerlassen

Geschlossen gegen Busbahnhof

Gleich mit mehreren Vertretern war die Stadtverwaltung angerückt, um Fragen des Vaihinger Bezirksbeirats zum geplanten Fernbahnhof (FOB) zu beantworten. Allein es half nichts: die Lokalpolitiker votierten geschlossen gegen das im Stadtbezirk umstrittene Projekt.

Von Thomas Braun

„Lasst die Kirche im Dorf und den ZOB am Hauptbahnhof.“ Das Transparent mit dieser Aufschrift in der Alten Kelter brachte die Stimmung im Gremium und beim Publikum schon vor der Abstimmung deutlich zum Ausdruck. Viel war die Rede von Trickserien seitens der Stadtverwaltung, von einer „Gefährdung der Demokratie“ sprach gar das Mitglied der Grünen-Fraktion Kristin Wedekind. Dabei hatten sich zuvor der stellvertretende Stadtplanungsamtschef Rainer Wißler, Verkehrsplaner Stephan Oehler und Wirtschaftsförderer Martin Armbruster redlich bemüht, den 14 Punkte umfassenden Fragenkatalog der Lokalpolitiker zu beantworten.

Doch dem Gremium erschienen manche Antworten ausweichend, andere gar völlig unzureichend – etwa die Frage nach den Kosten des Omnibushalts am Vaihinger Bahnhof. Weil Wirtschaftsförderer Armbruster zum jetzigen Zeitpunkt keine Details über das Betreibermodell und die Finanzierung offenbaren wollte, zugleich aber betonte, es lägen belastbare Zahlen vor, die die Wirtschaftlichkeit des FOB deutlich machten, wähten sich manche Bezirksbeiräte „verschaukelt“. Gleiches galt für die Frage nach der Entwicklung des Busverkehrs im Hinblick auf die von der EU angepeilte Liberalisierung des Busverkehrs von 2014 an. „Wir können da keine seriösen Prognosen abgeben“, so Verkehrsplaner Oehler.

Dies brachte ihm prompt den Vorwurf des SPD-Beirats Klaus Spieske ein, die Stadt handle offenbar nach dem Motto „Schaun wir mal, dann sehen wir schon“. Auch CDU, FDP und Freie Wähler bemängelten einmal mehr fehlende Daten, die sie als Grundlage für ihr Votum zum Bebauungsplan benötigten. Auch die Frage, inwieweit der Fernomnibusverkehr das Straßennetz zusätzlich belastete (erwartet werden im Schnitt 70 Busse am Tag), wurde zwar vom Verkehrsplaner beantwortet – aber eben nicht zur vollsten Zufriedenheit des Gremiums.

Bei zwei Enthaltungen sprach sich der Bezirksbeirat schließlich gegen den Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan aus, nicht ohne dies mit der Forderung nach einem Schallschutzgutachten für die angrenzenden Wohnbezirke zu verknüpfen. In der nächsten Sitzung sollen Vertreter der Stadt zudem die Antworten auf die offen gebliebenen Fragen nachreichen. Im Technikausschuss, der am Dienstag über das Projekt entscheiden will, sollen zwei Bezirksbeiräte außerdem noch einmal die Bedenken artikulieren. Zumindest SPD-Sprecher Friedrich Ressel glaubt allerdings nicht mehr so recht an einen Erfolg: „Wir sollten uns auch mit der traurigen Realität befassen und gemeinsam einen Katastrophenplan ausarbeiten.“